SCHAU HIN. PACK AN! FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT

AWO

# *EINE KAMPAGNE DER AWO IN SACHSEN-ANHALT*

## *AWO fragt – Landesparteien antworten*

Alters- und Erwerbsarmut

Kinder- und Jugendarmut

## Frage 1 Kinderarmut

**Nur 8 bis 15 Prozent der Leistungen des BuT (Bildungs- und Teilhabepaket) kommen bei den anspruchsberechtigten Kindern an. Ist das BuT aus Sicht Ihrer Partei ein sinnvolles Instrument und was werden Sie dazu beitragen, dass mehr Kinder und Jugendliche an den Leistungen partizipieren?**

**Für die SPD Sachsen-Anhalt antwortete die Spitzenkandidatin Dr. Katja Pähle:**

*In den letzten Jahren hat sich die Inanspruchnahme der Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket stetig verbessert und an hoher Akzeptanz bei Eltern gewonnen. Insbesondere Leistungen für Schulbedarf, Mittagessen und Klassenfahrten werden in Anspruch genommen. Das BuT hilft Familien mit einem kleinen Budget bei der Wahrnehmung von Bildungs- und Teilhabechancen der Kinder. Um noch mehr Eltern von den Leistungen des BuT zu überzeugen, muss das Programm noch bekannter gemacht werden. Das gilt in Zeiten der Corona-Pandemie insbesondere für das Angebot, digitale Endgeräte für den digitalen Unterricht zu finanzieren, um Bildungsgerechtigkeit herzustellen.*

**Für die CDU Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Tobias Krull:**

*Schon in dieser Wahlperiode wurden bereits Vereinfachungen bei den Beantragungen von BuT-Leistungen vorgenommen. Offensichtlich muss aber die Informationspolitik noch weiter verbessert werden, damit mehr Leistungsberechtigte diese auch in Anspruch nehmen. Den freien Trägern und den Kommunen kommt hier besondere Bedeutung zu.*

**Für Bündnis 90/Die Grünen antwortete der Landesvorsitzende Sebastian Striegel:**

*Das BUT war von Beginn an bis heute - trotz zahlreicher Reformbemühungen - ein bürokratisches Monster. Wir Grüne setzen auf eine Kindergrundsicherung, um die Teilhabe aller Kinder unabhängig von der Einkommenssituation der Eltern zu sichern.*

**Für die Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt antwortete der Landesvorsitzende Stephan Gebhardt:**

*DIE LINKE fordert eine eigenständige Kindergrundsicherung. Sie muss leicht verständlich, transparent und gerecht sein. Bei der Ausgestaltung orientieren wir uns am Modell des Bündnisses Kindergrundsicherung. Die Kindergrundsicherung soll für alle Kinder und Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres und für junge Volljährige bis zur Vollendung ihrer ersten Schulausbildung (inkl. Abitur) gelten und die bestehenden bürokratischen, restriktiven und intransparenten sozialen Sicherungssysteme für Kinder einkommensarmer Familien ersetzen. Die Kindergrundsicherung soll eine Leistung für das Kind sein und daher weder beim Bezug von Sozialleistungen noch innerhalb des Steuerrechts als Einkommen der Eltern oder anderer Haushaltsangehöriger angerechnet werden.*
*Die Kindergrundsicherung soll beginnend bei 630 Euro für die ärmsten Kinder nach Einkommenssituation abgestuft werden und mindestens 328 Euro betragen. Das entspricht dem erhöhten Kindergeld, das wir für alle Kinder als Sofortmaßnahme fordern und das einkommensunabhängig an alle Familien monatlich gezahlt werden soll. Dabei sollen Kinder aus armen Familien als Sofortmaßnahme zusätzlich zum Kindergeld einen altersabhängigen Zuschlag bis zu 302 Euro erhalten. Außerdem sollen auch die tatsächlichen Unterkunftskosten sowie einmaliger und besonderer Bedarf (Klassenfahrten, IT-Ausstattung u. ä.) berücksichtigt werden.*

**Für die FDP Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Konstantin Pott:**

*Um mehr Betroffene zu erreichen, braucht es ein Umdenken in der Sozialpolitik. Es gibt derzeit zu viele unterschiedliche Leistungen, die in Anspruch genommen werden können. Da blicken viele Menschen nicht mehr durch. Deshalb müssen die Leistungen gebündelt und bürokratische Hürden abgebaut werden.*

## Frage 2 Erwerbsarmut

Stellen Sie sich vor, wie viele Minijobs zur Finanzierung des Durchschnitteinkommens in Sachsen-Anhalt nötig wären. Mit Minijobs ist ein auskömmliches Leben nicht möglich. Minijobs sollen originär für ein Zusatzeinkommen, beispielsweise für Rentner, sorgen. Die Realität ist eine andere: Was unternimmt Ihre Partei gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse / den Missbrauch von Minijobs?

**Für die SPD Sachsen-Anhalt antwortete die Spitzenkandidatin Dr. Katja Pähle:**

*Als SPD stehen wir dafür, dass man von seiner Arbeit leben kann und haben deshalb auf Bundesebene den Mindestlohn erkämpft, wir wollen diesen auf 12 Euro anheben und setzen uns überall für gute und tarifliche bezahlte Arbeit ein. Mit der Einführung der Grundrente wird die Rente insbesondere für viele Ostdeutsche deutlich über Grundsicherung steigen. Minijobs sind als Hinzuverdienst gedacht und nicht als reguläres Einkommen. In der Corona-Krise ist aber erneut deutlich geworden, dass die soziale Sicherung der Minijobs unzureichend ist. Ziel unserer Partei auf Bundesebene ist es deshalb, alle Beschäftigungsverhältnisse in die soziale Sicherung einzubeziehen. Um die Nettoeinkommen von gering Verdienenden zu erhöhen, soll die Gleitzone der Midijobs auf 1.600 Euro angehoben werden. Das bedeutet geringere Beiträge, ohne einen geringeren Rentenanspruch zu haben.*

**Für die CDU Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Tobias Krull:**

*Unser klares Ziel ist, dass jeder, der Vollzeit arbeitet, auch von seinem Erwerbseinkommen leben kann, ohne grundsätzlich auf zusätzliche staatliche Leistungen zu Sicherung des Lebensunterhalts angewiesen zu sein. Der Missbrauch von Minijobs muss durch den Einsatz von Zoll und anderen Behörden stärker bekämpft werden. Hier hat der Bund bereits einen Personalaufwuchs auf den Weg gebracht.*

**Für Bündnis 90/Die Grünen antwortete der Landesvorsitzende Sebastian Striegel:**

*Grundsätzlich wollen wir auf Bundesebene den Mindestlohn auf 13€ erhöhen, um ein arm trotz Arbeit zu verhindern. Um ausbeuterische Arbeitsverhältnisse zu verhindern, setzen wir darüber hinaus auf eine Beendigung des Sanktionsregimes im Bereich der Grundsicherung. Niemand soll gezwungen werden, eine gesundheitsschädliche oder ausbeuterische Arbeit anzunehmen. Konkret wollen wir etwa im Landesvergabegesetz festschreiben, dass nur Unternehmen mit Tariflohn bei Ausschreibungen des Landes berücksichtigt werden. Zum Schutz besonders vulnerabler Arbeitnehmergruppen werden wir die existierenden speziellen Beratungsangebote für migrantische Arbeitnehmer fortführen und den Dialog mit den Migrantenorganisationen intensivieren.*

**Für die Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt antwortete der Landesvorsitzende Stephan Gebhardt:**

*DIE LINKE kämpft für ein neues Normalarbeitsverhältnis, das für alle Menschen soziale Sicherheit ermöglicht und auf individuelle Lebenslagen Rücksicht nimmt: Arbeit muss für alle Menschen sicher und unbefristet, tariflich bezahlt, sozial abgesichert und demokratisch mitgestaltet sein. In einem reichen Land wie Deutschland müssen Armut trotz Arbeit, sozialer Abstieg und permanente Unsicherheit in prekären Jobs sofort gestoppt werden.*
*DIE LINKE fordert die Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit, illegaler Arbeitnehmer*innenüberlassung und das Verbot von Leiharbeit. Sozialstandards und Arbeitnehmer*innenrechte müssen überall in Sachsen-Anhalt und für jede/n gelten, egal, woher sie/er kommt.*

**Für die FDP Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Konstantin Pott:**

*Wir Freie Demokraten wollen Anreize für Arbeitnehmer und Arbeitgeber schaffen, den Minijob als Einstieg in die Arbeitswelt zu nutzen. Dafür braucht es Reformen. Es darf nicht sein, dass Menschen, die mehr arbeiten wollen, am Ende Netto weniger Geld haben, als bei einem Minijob. Derzeit ist dies allerdings teilweise der Fall, da bei mehr Arbeit durch Steuern etc. am Ende Netto weniger übrig bleibt.*

## Frage 3 Altersarmut
## 26,7 Prozent der Altersrentner*innen in Deutschland nutzen die Tafeln. Was unternimmt Ihre Partei dagegen?

**Für die SPD Sachsen-Anhalt antwortete die Spitzenkandidatin Dr. Katja Pähle:**

*Der Anstieg der Älteren und Familien, die auf Leistungen der Tafeln angewiesen sind, besorgt uns. Die SPD hat auf Bundesebene die Grundrente für alle durchgesetzt, die 33 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben. Davon profitieren rund 1.3 Millionen Menschen - vor allem in Ostdeutschland. Um später keine Rente unter Grundsicherung zu beziehen, ist ein Mindestlohn von 12 Euro aber vor allem mehr Tariflöhne notwendig. Zu letzterem wollen wir mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz gerade bei der öffentlichen Auftragsvergabe beitragen.*

**Für die CDU Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Tobias Krull:**

*Grund für Altersarmut sind häufig gebrochene Erwerbsbiografien oder Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnbereich. Der erste Ansatz muss also sein, für Beschäftigungsverhältnisse für die Betroffenen zu sorgen, die auch im Alter ein ausreichendes Einkommen aus Rente und anderen Leistungen sichert. Ziel der CDU ist, sich auch auf der Bundesebene für eine auskömmliche Rente für langjährig Versicherte zu sorgen, damit möglichst niemand die Angebote der Tafeln nutzen muss.*

**Für Bündnis 90/Die Grünen antwortete der Landesvorsitzende Sebastian Striegel:**

*Um Altersarmut vorzubeugen, setzen wir uns auf Bundesebene für einen Mindestlohn von 12 € ein und die Einführung einer Garantierente, die nach 30 Versicherungsjahren eine Rente über Grundsicherungsniveau garantiert.*

**Für die Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt antwortete der Landesvorsitzende Stephan Gebhardt:**

*Wir wollen die gesetzliche Rente durch eine Reform des Rentensystems stärken. Alle Erwerbseinkommen sollen in die Rentenkasse einzahlen. Weitere Rentenkürzungen auch durch ein weiteres Anheben des Renteneintrittsalters lehnen wir entschieden ab. Stattdessen wollen wir flexible Übergänge in die Rente vor dem 65. Lebensjahr ermöglichen. Notwendig ist die zügigere Rentenangleichung Ost an West und die Beseitigung von Rentennachteilen von in der DDR geschiedenen Frauen im Rentenrecht. Als Mindeststandard in der Rente für einen Ruhestand in Würde und für soziale Teilhabe im Alter will DIE LINKE für alle Rentner*innen in Ost und West eine steuerfinanzierte, solidarische Mindestrente von 1.200 Euro netto einführen.*

**Für die FDP Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Konstantin Pott:**

*Die Rente muss überarbeitet werden. Beispielsweise ist es wichtig, Anreize für eine private Vorsorge, z. B. in Form von Aktien zu schaffen. Aber auch ein flexibler Renteneintritt ist wichtig. Gegen eine Altersarmut lässt sich mit einem liberalen Bürgergeld entgegenwirken.*